



# Haushaltsplan 2009

**Reden  
des Bürgermeisters  
und der Beigeordneten  
bei der  
Einbringung des Entwurfs  
in den Stadtrat  
am 16. Dezember 2008**

Es gilt das gesprochene Wort!

**STADT VELBERT**

## Übersicht

	Seite
<b>1. Bürgermeister Stefan Freitag</b> „Die Krise ist auch bei uns angekommen“	<b>3</b>
<b>2. Stadtkämmerer Sven Lindemann</b> „Gestalten statt verwalten“	<b>6</b>
<b>3. Erster Beigeordneter Holger Richter</b> „Mit vorübergehenden Beeinträchtigungen ist zu rechnen“	<b>14</b>
<b>4. Stadtbaurat Andres Wendenburg</b> „Stadtentwicklung und Immobilien“	<b>20</b>
<b>5. Stadtkämmerer Sven Lindemann</b> „Sparen ohne direkte Außenwirkung“	<b>22</b>
<b>6. Bürgermeister Stefan Freitag</b> Projekte, die „Chefsache“ sind und ein Schlusswort	<b>25</b>

### Impressum:

Herausgeber ist die Stadt Velbert  
Büro des Verwaltungsvorstands – Pressestelle  
Pressesprecher Hans-Joachim Blissenbach  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Telefon: 02051/262207  
Telefax: 02051/262198  
eMail: hans-joachim.blissenbach@velbert.de

Die Haushaltsreden sind auch abrufbar unter [www.velbert.de](http://www.velbert.de)

# 1. **Bürgermeister Stefan Freitag** „Die Krise ist auch bei uns angekommen“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wahrscheinlich sind die meisten von Ihnen heute mit durchaus gemischten Gefühlen zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2009 gekommen. Denn die Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate ließen natürlich auch für unsere Finanzsituation Böses erahnen.

Von einer Krise, die uns alle mit hinunterzieht, ist da die Rede und von der schärfsten Rezession“ der Nachkriegszeit. Die Kanzlerin wird mit den Worten zitiert, sie sehe schwarz für 2009 und der Bundesfinanzminister sagte ein „sauschlechtes 2009“ voraus.

Für die Dramaturgie der heutigen Haushaltseinbringung haben also Bundespolitik und Medien bereits ausreichend gesorgt. Sie wissen, dass die Lage ernst, sogar sehr ernst ist!. Ich kann heute aufgrund der umfassenden Medienberichterstattung auch darauf verzichten, über Ursachen und Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession in Deutschland zu referieren.

Fakt ist, und das wissen Sie alle, die Krise ist jedenfalls auch längst hier bei uns in Velbert angekommen. Dies gilt nicht nur für die Umsatzeinbrüche bei vielen unserer Unternehmen, nicht nur für die von Angst vor einem Arbeitsplatzverlust geprägte Konsumzurückhaltung von Privathaushalten, sondern eben auch für den städtischen Etat, der nun einmal zu fast 60 Prozent von Steuern und ähnlichen Abgaben getragen wird und dessen Möglichkeiten damit untrennbar mit der Wirtschaftslage verflochten sind.

Nun darf ich zwar jetzt schon sagen, dass es heute nicht nur schlechte Nachrichten gibt - dazu später mehr -, aber eines kann ich feststellen:

In den letzten 15 Jahren, in denen ich in unterschiedlichsten Funktionen an der Erarbeitung eines Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt habe, habe ich eine solche Situation noch nicht erlebt. Sicher hatten wir schon ganz schwierige Haushaltsjahre zu überstehen und unsere Handlungsfähigkeit stand in den letzten Jahren mehr als einmal auf der Kippe. Aber dass wir in einer derartigen Geschwindigkeit von einer wirtschaftlich recht stabilen Situation in eine Rezession rutschen und selbst die nächsten Monate mit so vielen Unsicherheiten und Risiken verbunden sind, das habe ich noch nie erlebt.

Es ist wie immer in solchen Situationen ein schwacher Trost, dass die meisten Städte in Deutschland jetzt das gleiche Schicksal ereilt, ja, es einige sogar wesentlich schlimmer treffen wird. Jetzt wird es offensichtlich, dass es ein großer Fehler von Bund und Land war, zwar immer wieder einmal von der Notwendigkeit einer umfassenden kommunalen Finanzreform zu sprechen, diesen Worten aber leider keine Taten folgen zu lassen.

Die zugegebenermaßen erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und Berichte über einige wenige steuerstarke Städte mit hoher Standortgunst, die ihre vermeintliche oder tatsächliche Schuldenfreiheit groß gefeiert haben, haben nämlich nur überdeckt, dass die Finanzausstattung der Kommunen nach wie vor unzureichend und das geltende Finanzausgleichssystem zwischen Bund, Land und Kommunen, aber auch die Verteilungssystematik innerhalb der kommunalen Ebene völlig marode ist! Alleine in NRW befinden sich zurzeit 174 Kommunen in der Haushaltssicherung - und diese Zahl wird jetzt rapide ansteigen!

Ich bin mir jedenfalls sicher, dass wir eine Diskussion über Konjunkturprogramme gar nicht bräuchten, wenn wir in Deutschland finanziell autarke Kommunen hätten, die jetzt antizyklisch handeln und durch Investitionen die Konjunktur stützen könnten. Da wir dies nicht haben, gehört die Frage einer kommunalen Finanzreform jetzt schnellstmöglich

wieder auf die Tagesordnung von Landes- und Bundespolitik - und das sollten wir jetzt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gerade im Vorfeld von Bundestags- und Landtagswahlen auch deutlich machen.

Viel besser und sehr viel nachhaltiger als ein eilig zusammengeschustertes Konjunkturprogramm, das letztlich wieder nur mit neuen Schulden bezahlt wird, wäre jetzt eine umfassende Reform der Kommunalfinanzen. Die Vorschläge hierfür liegen seit Jahren auf dem Tisch - es fehlt allein der Mut, sie umzusetzen.

Ich habe durchaus Verständnis für die unterschiedlichen Maßnahmenpakete der Bundesregierung. Aber ein bitterer Beigeschmack bleibt für uns in der Kommunalpolitik schon bestehen, wenn wir beobachten, wie schnell und umfassend der Finanzbranche - und vor allem mit welchen Beträgen - geholfen wird! Denn Banken, meine Damen und Herren, so wichtig sie sind, betreiben keine Schulen, keine Kindergärten, keine Kultur- und Sporteinrichtungen, sie kümmern sich nicht um die öffentliche Ordnung und stellen keine Infrastruktur zur Verfügung. Deshalb ist es mehr als berechtigt, dass auch wir jetzt Forderungen stellen. Denn wenn es jetzt schon weitere Konjunkturprogramme geben soll, dann doch bitte schön in Form von Zuschüssen für die Sanierung von Schulen. Dies wäre ein wirklich nachhaltiges Programm, da einerseits in Bildung und andererseits in den Klimaschutz investiert würde, denn unsere Schulgebäude sind zurzeit nach wie vor energetisch nicht optimal.

In Velbert trifft uns diese Wirtschaftskrise deshalb besonders hart und im denkbar schlechtesten Moment, da wir doch gerade in dieser Legislaturperiode wichtige Zukunftsentscheidungen getroffen haben und uns mit den Investitionsprojekten und dem Ausbau unserer Dienstleistungspalette im Bildungs-, im Betreuungs-, im Kultur- und im Sportbereich sozusagen mitten im Umbau unserer Stadt befinden.

Der Bauplan für die Modernisierung unserer Stadt war das Strategische Zielprogramm, das wir nach groß angelegter Öffentlichkeitsbeteiligung und intensiver Beratung in den Fachgremien am 26.09.2006 hier im Stadtrat verabschiedet haben.

Und, meine Damen und Herren, so paradox dies möglicherweise für den einen oder anderen klingt, ich bin froh, dass wir dieses Zielprogramm, diesen Bauplan, haben. Denn nur dieses Zielprogramm hat uns überhaupt in die Lage versetzt, verantwortlich mit dieser einzigartigen Herausforderung umzugehen.

Denn dieser Bauplan ist kein Wunschkonzert, sondern er skizziert zutreffend die wichtigsten kommunalpolitischen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts und leitet hieraus konkrete Ziele und Maßnahmen - oder, um im Bild zu bleiben - Umbaumaßnahmen ab. Hieran konnten wir uns bei der Aufstellung des Etats orientieren!

Die Möglichkeiten, die Bund und Land haben, trotz sinkender Steuereinnahmen einen politischen Kurs unverändert auf Kosten einer höheren Verschuldung fortzusetzen und dabei möglicherweise noch Konjunkturprogramme zu beschließen haben wir vor Ort nicht. Ein solcher Weg würde geradewegs, nämlich sofort, in einen so genannten Nothaushalt führen. Und Nothaushalt heißt im Klartext, dass der Stadtrat nichts mehr zu sagen hat und jede Entscheidung außerhalb des gesetzlich oder vertraglich fixierten Rahmens von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss. Dies bedeutet Stillstand in der Entwicklung unserer Stadt und das wollen wir nicht.

Wir wollen aber auch nicht aus Angst vor einer solchen Situation einen finanzpolitischen Crashkurs fahren und alle freiwilligen Leistungsangebote dieser Stadt streichen, Einrichtungen schließen, Personal entlassen und die maximal denkbaren Erhöhungen von Steuern und Gebühren vorsehen. Dies wäre aus unserer Sicht, verzeihen Sie mir den harten Vergleich, Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Und eine finanzpolitische Nebelfahrt nach dem Motto „erst mal schauen, was da so kommt“ oder - rheinisch ausgedrückt - „et hätt noch immer jottejange“ vielleicht gepaart mit ein wenig blinden Aktionismus in Form plakativer, aber nutzloser Sparvorschläge – die wollen wir weder den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt noch Ihnen und uns zumuten.

Wir haben uns daher beim Haushaltsplanentwurf 2009, bei der mittelfristigen Finanzplanung und beim wieder aufzustellenden Haushaltssicherungskonzept an unserem Strat. Zielprogramm orientiert. Wir haben alle Budgets und alle Investitionsvorhaben dabei auf den Prüfstand gestellt. Dieser Prozess ist dabei sicher noch nicht abgeschlossen, da wir alle von der Heftigkeit der Entwicklung überrumpelt wurden und bei der Verabschiedung der Eckwerte im Sommer des Jahres noch von ganz anderen Grundlagen ausgegangen sind.

Deswegen ist das Haushaltsicherungskonzept, das wir heute zusammen mit dem Haushalt einbringen, mit Sicherheit ein zwar wichtiger, aber nur ein erster Schritt.

Es ist allerdings ein sehr großer erster Schritt. Denn wir haben ein Haushaltssicherungskonzept mit 32 Einzelmaßnahmen und einem Konsolidierungsvolumen von 18,7 Millionen Euro für die nächsten 5 Jahre insgesamt aufgestellt, haben im investiven Bereich Sparvorschläge von rund 15 Millionen Euro erarbeitet und legen Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vor, der völlig ohne Nettoneuverschuldung in 2009 auskommt und in den nächsten fünf Jahren sogar eine weitere Entschuldung in Höhe von über 18 Millionen Euro ermöglicht.

Und dabei haben wir uns trotzdem an dem Strategischen Zielprogramm als Bauplan für den Umbau dieser Stadt orientiert, der damit weitergehen kann!

Und wenn ich WIR sage, meine ich in diesem Jahr ausdrücklich die gesamte Führungsmannschaft des Rathauses. Wir haben im Verwaltungsvorstand (wieder) eine von Respekt und Vertrauen geprägte Arbeitsatmosphäre, die es uns ermöglicht hat, den sonst üblichen, ja systemimmanenten Konflikt zwischen Stadtkämmerer und Fachdezernenten auszublenden und gemeinsam in einem einmaligen Kraftakt heute einen Haushalt zu präsentieren, der schmerzhaft Einschnitte beinhaltet, aber trotzdem eine weitere Modernisierung der Stadt ermöglicht.

Als äußeren Ausdruck dieser Gemeinsamkeit wird auch die heutige Haushaltseinbringung anders verlaufen als in den letzten Jahren.

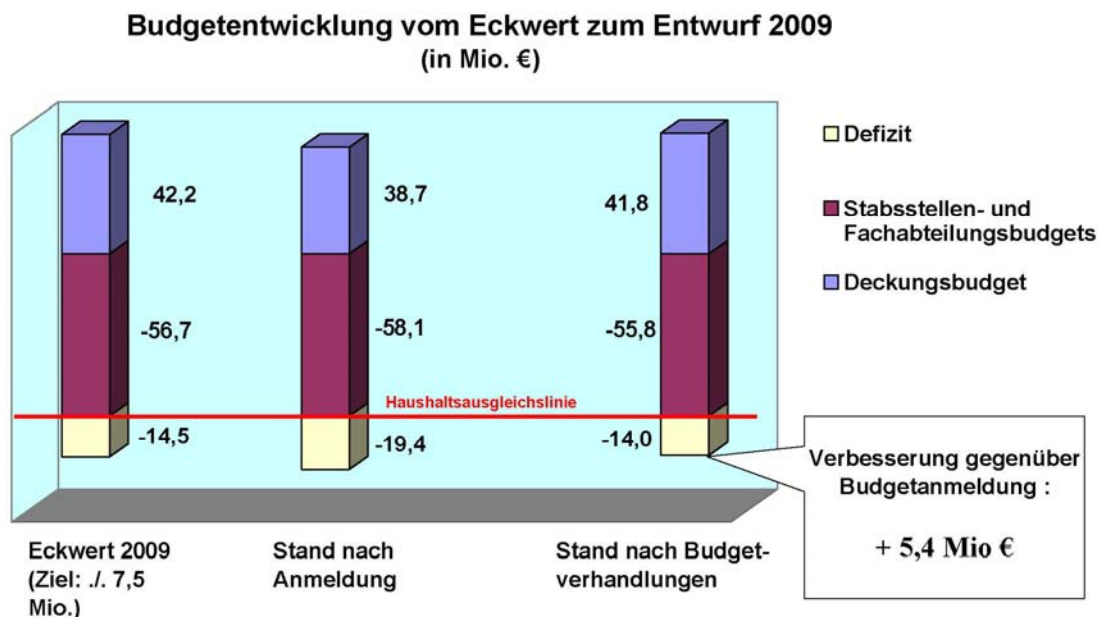
Nachdem der Stadtkämmerer, Herr Lindemann, gleich im Anschluss die finanztechnischen Eckwerte für den Haushalt erläutert hat, wird jeder Kollege für seinen Verantwortungsbereich die wesentlichen inhaltlichen Vorschläge des Haushaltsplanentwurfes in negativer wie in positiver Hinsicht, im Budgetbereich und im Investitionsbereich vorstellen. Sie werden dabei feststellen, meine Damen und Herren, dass es natürlich die vorhergesagten schlechten Nachrichten für 2009 gibt, aber eben auch eine ganze Reihe guter Nachrichten!

## 2. Stadtkämmerer Sven Lindemann „Gestalten statt verwalten“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren!

Der Bürgermeister hat soeben sehr anschaulich die Rahmenbedingungen für den Haushaltsplanentwurf 2009 beschrieben. Mir obliegt es jetzt, Ihnen die wesentlichen Eckpunkte darzustellen:

Der Eckwertebeschluss vom 23.09.2008 prognostizierte einen Fehlbedarf von rd. 14,5 Mio Euro. Die erste böse Überraschung erlebte ich kurze Zeit später. Wir überprüften erneut das Deckungsbudget und die Abteilungs- und Stabsstellenleiter meldeten Ihren Mittelbedarf für das Haushaltsjahr 2009 der Kämmerei. Die Auswertung ergab nicht die erhoffte Verringerung des prognostizierten Fehlbedarfs, sondern eine Erhöhung auf rund 19,4 Mio Euro. Es stellte sich mithin nicht mehr die Frage, ob ggf. ein pflichtiges Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen ist, sondern ob bei dieser Ausgangslage ein Nothaushalt zu vermeiden sein wird. Was das bedeuten würde, hat der Bürgermeister soeben beschrieben. Wir haben uns schließlich die Zielvorgabe gesetzt, ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen. Dieses haben wir – wenn auch mit großen Schmerzen – geschafft und damit auch die wesentliche Frage „Gestalten oder Verwalten“ - wie ich meine - richtig beantwortet.



Bezogen auf die Budgetanmeldung konnten wir aber unser Defizit noch um 5,4 Mio Euro verringern, so dass der Ergebnisplan 2009 mit einem voraussichtlichen Fehlbedarf von 14,0 Mio Euro abschließt. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Stabsstellen- und Fachabteilungsleitungen bedanken, die sehr konstruktiv und zielorientiert in den Budgetverhandlungen gearbeitet haben. Ohne deren Vorschläge hätten wir ein solches Ergebnis nicht präsentieren können.

Der Haushalt 2009 muss durch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage in Höhe von 9,4 % ausgeglichen werden. Da wir in der mittelfristigen Finanzplanung damit rechnen, die allgemeine Rücklage in 2010 erneut um mehr als 5 % in Anspruch zu nehmen, sind wir gezwungen ein HSK aufzustellen. Der Haushalt - einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes - unterliegt der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsicht. Für die

Genehmigungsfähigkeit durch die Aufsichtsbehörde müssen wir bis Ende 2013 den Haushaltsausgleich in unserer mittelfristigen Finanzplanung darstellen. Dieses ist uns gelungen!

Wie, können Sie unter anderem den 32 Einzelmaßnahmen des HSK mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Mio Euro entnehmen. Weiterhin werden meine Kollegen Ihnen gleich für ihren Fachbereich aufzeigen, welche wesentlichen Einsparungen und Kürzungen sowohl in investiver Hinsicht als auch im reinen Aufwand vollzogen wurden bzw. an welcher Stelle Mehrerträge generiert werden sollen.

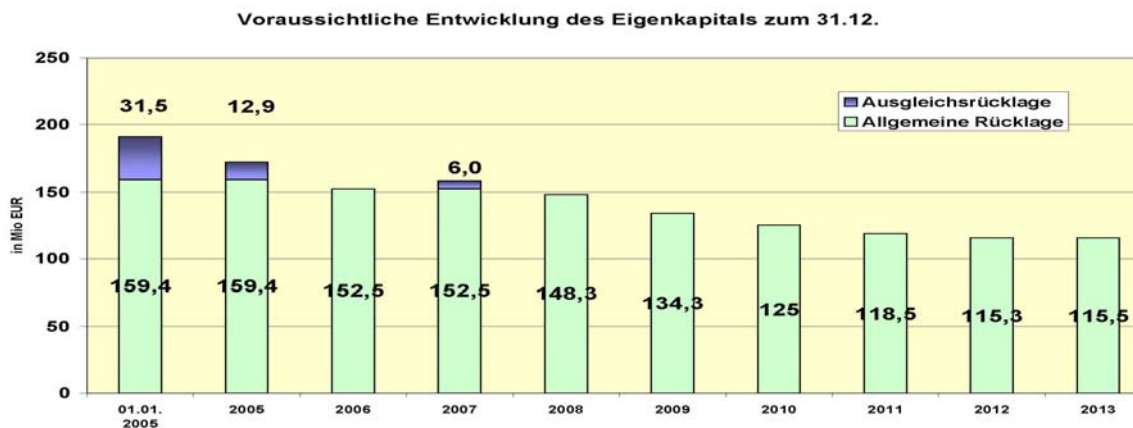
**Szenario für die mittelfristige Finanzplanung  
einschl. Orientierungsdaten 2009 – 2012 (Rd.Erl. IM vom 02.10.2008)  
mit Berücksichtigung November-Steuerschätzung und ohne Auswirkungen Finanzkrise**

	2009 in Mio €	2010 in Mio €	2011 in Mio €	2012 in Mio €	2013 in Mio €
Neuer Fehlbedarf	- 14,0	- 9,3	- 6,5	- 3,2	+ 0,2
(5 %-Schwelle)	(- 7,4)	(- 6,7)	(- 6,3)	(- 5,9)	(- 5,8)
In % der allgemeinen Rücklage	9,4	6,9	5,2	2,7	-
	(verbleiben 134,3 Mio €)	(verbleiben 125,0 Mio €)	(verbleiben 118,5 Mio €)	(verbleiben 115,3 Mio €)	(verbleiben 115,5 Mio €)

Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass noch weitere zum jetzigen Zeitpunkt nicht konkretisierte Einsparungen folgen müssen. Das HSK sieht bis 2013 zusätzliche Einsparungen von rund 1,1 Mio Euro für 2010, 1,2 Mio Euro für das Jahr 2011 und rund 1,4 Mio Euro für die Jahre 2012 und 2013 vor, welche wir zu konkretisieren haben. Hierbei handelt es sich zunächst um pauschalierte Einsparvorgaben, da die wenige Zeit zwischen Eckwert und Haushaltseinbringung nicht ausreichte, um ein mit realistischen Maßnahmen hinterlegtes HSK aufzustellen.

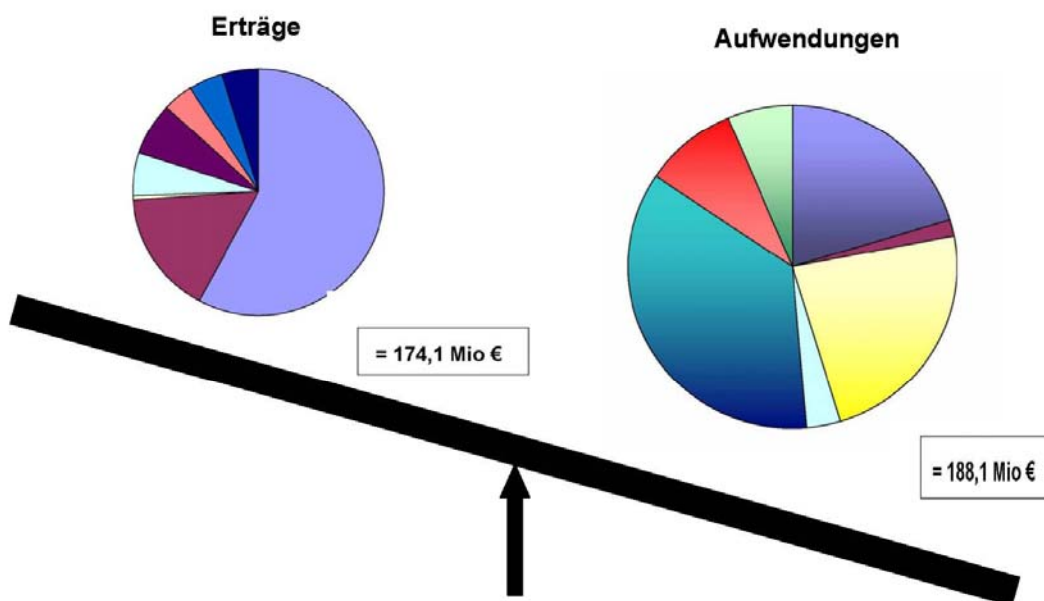
Nach den bereits erbrachten Konsolidierungen wird das nicht einfach werden. Die Frage, ob tatsächlich alle Leistungen, die wir als Stadt direkt im Konzern oder durch Dritte erbringen, noch zeitgemäß bzw. notwendig sind, ist zu beantworten. Es gilt vertragliche Bindungen zu überprüfen, nach zu verhandeln, anzupassen oder ggf. gänzlich aufzugeben. Dabei müssen wir uns am strategischen Zielprogramm orientieren. Aber auch dieses muss fortlaufend kritisch hinterfragt und neu priorisiert werden.

Bei allem Optimismus, dass wir das schaffen werden, dürfen wir nicht vergessen, dass sich unser Eigenkapital seit 2005 dramatisch verringert hat.



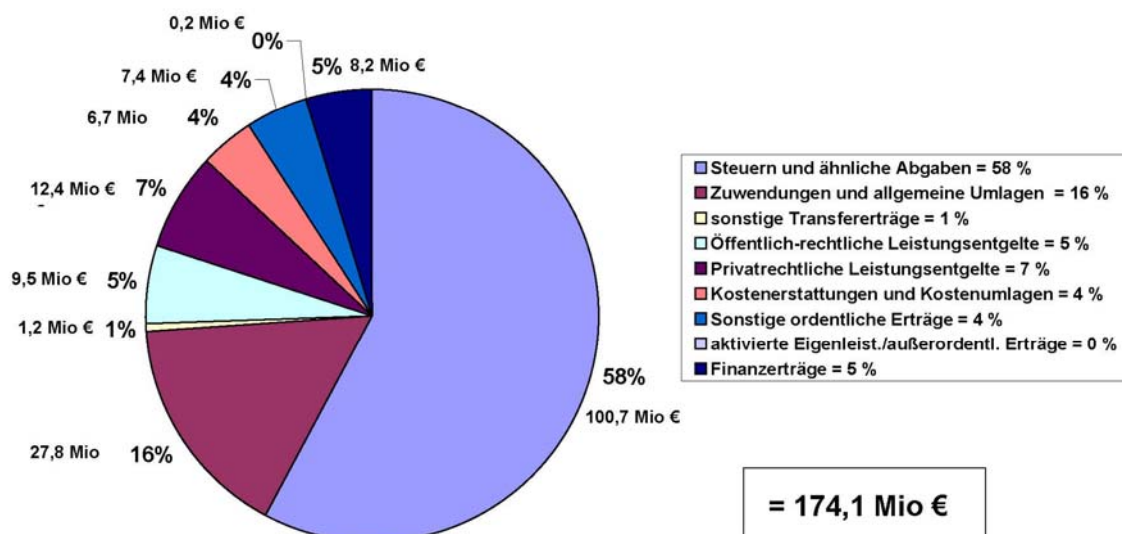
Vergessen Sie nicht: Das Eigenkapital ist - anders ausgedrückt - unser Vermögen! Und dieses Vermögen wird sich in der Zeit vom 01.01.2005 bis zum 31.12.2012 um voraussichtlich 75,6 Mio Euro verringern. Ein solcher Vermögensverlust wird – und die Prognose wage ich – zukünftig nicht ausgeglichen werden können!  
Schauen wir uns insbesondere die Ergebnisplanung genauer an:

### Vergleich Erträge - Aufwendungen



Wie Sie sehen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, hat die Waage noch eine deutliche Schiefelage. Wir legen für die Ergebnisplanung Erträge in Höhe von 174,1 Mio Euro und Aufwendungen in Höhe von 188,1 Mio Euro zugrunde.

## Erträge 2009



Sie sehen an dem dargestellten Kuchen sehr deutlich, dass Steuern und ähnliche Abgaben mit 58 % und Zuwendungen und allgemeine Umlagen mit 16 % die Ertragsseite weitestgehend bestimmen. Dementsprechend werde ich kurz auf die wesentlichen Bestandteile eingehen und versuchen, diese zu erläutern und auf die Schwierigkeiten hinzuweisen.

Als Ergebnis kann ich festhalten, dass die Ansätze aus dem Eckwertebeschluss übernommen werden konnten. Diesbezüglich hat sich trotz Finanzkrise und konjunktureller Abkühlung der deutschen Wirtschaft keine Änderung ergeben. Das wird Sie sicherlich verwundern und deshalb meine ich, das näher erklären zu müssen.

Die Schätzung der Steuereinnahmen für das Haushaltsjahr 2009 beruht im Wesentlichen auf Erkenntnissen der Vorjahre, den Orientierungsdaten des Landes NRW für die Jahre 2009 bis 2012 sowie auf den Prognosen der November-Steuerschätzung.

Konkret heißt das für den Ansatz der Gewerbesteuer, dass sich dieser mit 45,85 Mio. Euro im Gegensatz zum Ansatz 2008 sogar noch leicht erhöhen wird. Angesichts der bereits durch den Bürgermeister dargestellten allgemeinen wirtschaftlichen Lage möchte ich mich aber nicht dem Vorwurf aussetzen, ich sei ein Traumtänzer bzw. würde verantwortungslos agieren. Die Novembersteuerschätzung sagt eine deutliche Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen 2008 von netto + 7,2 % voraus. Ausgehend von dem voraussichtlichen Ergebnis 2008 rechnen die Steuerschätzer für 2009 mit einem Rückgang der Nettogewerbesteuererinnahmen von rd. 4,6 %. Diese Einschätzung, der deutliche Anstieg in 2008, deckt sich mit unserer Situation in Velbert. Wir haben, Stand Ende November 2008, unseren Ansatz von 44,4 Mio. Euro um ca. 7 % überschritten und – von diesem Stand ausgehend - in der Haushaltsplanung 2009 ca. 4 % **weniger** Gewerbesteuererinnahmen angesetzt. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es auch keinen greifbaren Anlass den Gewerbesteueransatz noch niedriger zu veranschlagen. Spekulationen sind Tür und Tor geöffnet. Aufgrund einiger persönlicher Gespräche, insbesondere mit Entscheidungsträgern Velberter Unternehmen der Automobilzulieferindustrie, halte ich diesen Ansatz zwar für optimistisch, aber die Anzahl von Herabsetzungsanträgen, die uns bisher vorliegen, zeigen (noch) keine Handlungsnotwendigkeit auf. Ich bin aufgrund einer Gefühlslage aber nicht bereit, dieser Stadt wichtigen Gestaltungsspielraum zu nehmen. Verantwortungsvolle Planung heißt auch, nicht mit übertriebenem Pessimismus Entwicklungsmöglichkeiten vorzuenthalten bzw. zu nehmen.

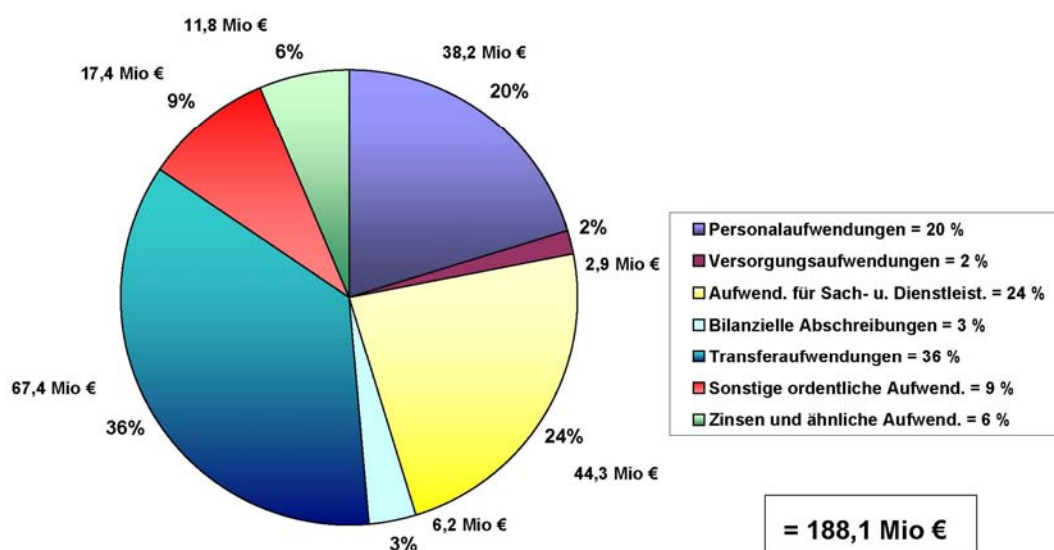
Die Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer werden nach der regionalisierten November-Steuerschätzung und den Orientierungsdaten des Innenministeriums NRW in 2009 leicht ansteigen. So wird der Anteil an der Einkommenssteuer anhand des Verteilungsschlüssels und der Verteilungsmasse für Velbert in 2009 mit 33,2 Mio Euro geschätzt und somit veranschlagt. Der Anteil an der Umsatzsteuer schlägt mit 4,54 Mio Euro zu Buche. Die Prognosen lassen trotz der wirtschaftlichen Lage den Optimismus von Bundes- und Landesregierung erkennen. So erläuterte vor kurzem der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise, dass „sein Forschungsinstitut“ lediglich mit ca. 160.000 Erwerbslosen mehr rechnen, wenn das Wirtschaftswachstum in 2009 insgesamt - 0,5 % betrage. Inwiefern das realistisch ist, überlasse ich den Experten.

Kommen wir nun zu der wesentlichen Komponente der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, den Schlüsselzuweisungen. Nach der 1. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2009 betragen die Schlüsselzuweisungen für Velbert rund 12,84 Mio Euro. Damit sinkt die für uns äußerst wichtige Ertragskomponente um 6,6 Mio Euro im Vergleich zu 2008. Maßgebliche Gründe sind zunächst der noch in 2008 enthaltene Aufschlag von 3,3 Mio Euro aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW zu den so genannten Einheitslasten, aber auch das für Velbert stärker als im Landesdurchschnitt anwachsende Gewerbesteueraufkommen. Ausschlaggebend ist aber auch der so genannte „Bonn-Effekt“. Aufgrund eines massiven Einbruchs der Steuereinnahmen im entsprechenden Referenzzeitraum erhält die Stadt Bonn über 250 Mio Euro Schlüsselzuweisungen, was die Stadt Velbert ca. 500.000 Euro kosten wird.

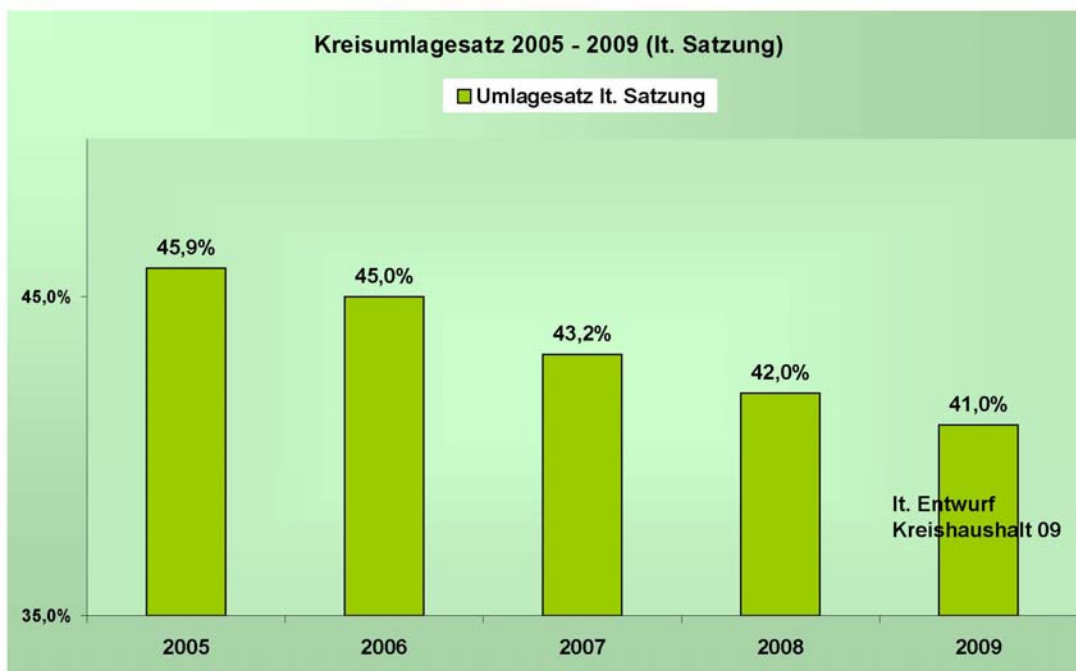
Ich stimme an dieser Stelle dem Bürgermeister ausdrücklich zu und meine, wir müssen uns schnellstmöglich mit einem verlässlichen, planbaren kommunalen Finanzausgleich auseinandersetzen. Ich werde diesen gleich, zum Abschluss meiner Rede, an einem kleinen Beispiel näher darstellen.

Wenn wir den Aufwand näher betrachten, sind die Transferaufwendungen weiterhin das größte Stück des Kuchens.

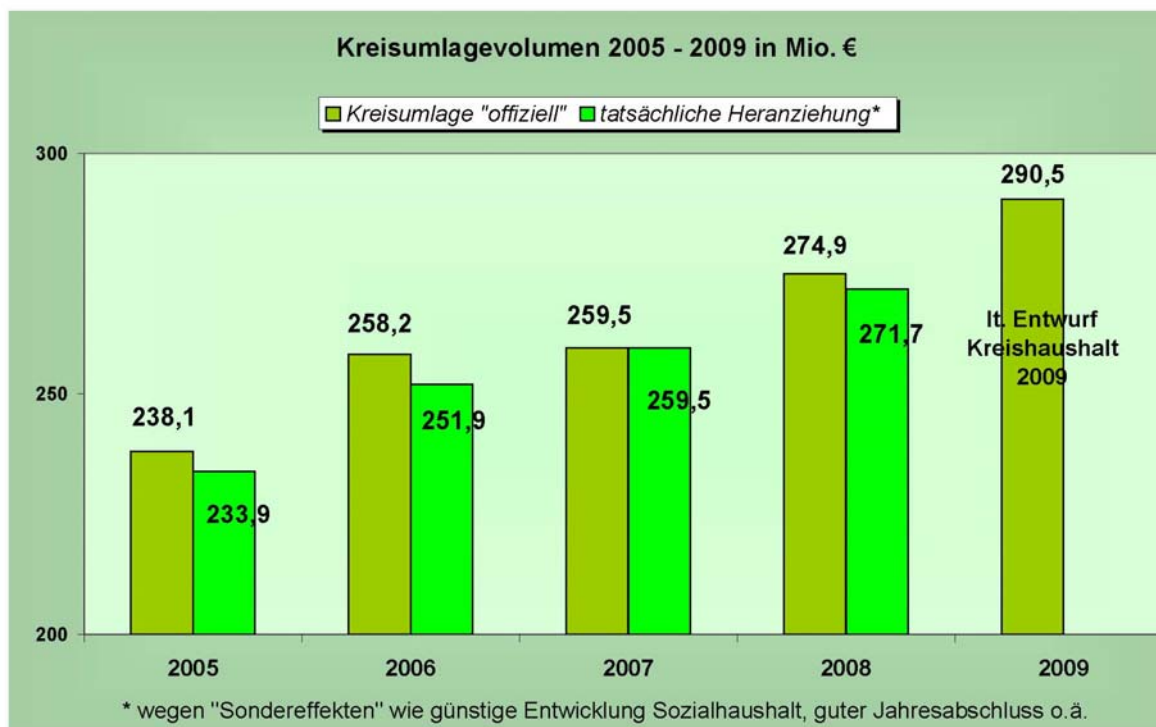
### Aufwendungen 2009



Mit 40,7 Mio Euro ist die Kreisumlage die wesentliche Position des Transferaufwandes.



Insgesamt senkt der Kreis Mettmann laut Entwurf des Kreishaushaltes zwar den Kreisumlagesatz auf 41,0%, was insgesamt 4,9 %-Punkte weniger ist als in 2005. Wir dürfen uns davon allerdings nicht täuschen lassen, da das Kreisumlagevolumen im gleichen Zeitraum um 56,6 Mio Euro angestiegen ist.



Der Vergleich zwischen tatsächlicher Heranziehung in 2008 und Haushaltsplanentwurf des Kreises Mettmann für 2009 zeigt, dass Velbert von den 18,8 Mio Euro mehr an Kreisumlagevolumen lediglich ca. 600.000 Euro zu tragen hat. Zwar werden andere Städte im Kreis Mettmann stärker herangezogen, es bleibt aber festzuhalten, dass wir die

Entwicklung der umlagefinanzierten Gebietskörperschaft sehr genau beobachten müssen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, weitere, ausführliche Erläuterungen zu den wesentlichen Aufwandspositionen finden Sie im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2009.

Fazit:

Insgesamt haben wir einen Haushalt aufgestellt, der auf der Ertragsseite von einer großen Unbekannten bestimmt wird. Ob wir unterjährig Anpassungen vornehmen müssen, wird sich zeigen.

Ihnen liegt m.E. ein ausgewogener Haushalt vor, der die finanziell angespannte Lage vollumfänglich berücksichtigt. Investitionen sind in einem erheblichen Maße reduziert worden. Alle Fachabteilungen haben ihren allgemeinen Geschäftsaufwand bzw. den Aufwand von Sach- und Dienstleistungen in ihrem Budget gekürzt. Wir haben mithin nicht nur bei „Anderen“, sondern vor allem bei uns selbst gespart. Wir haben moderat Gebühren erhöht; eine Nettoneuverschuldung wird vermieden. Wir sind Kooperationen eingegangen und planen, ertragreiche Grundstücke zu veräußern. Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert (BVG) leistet über eine höhere Gewinnausschüttung ebenfalls ihren Teil.

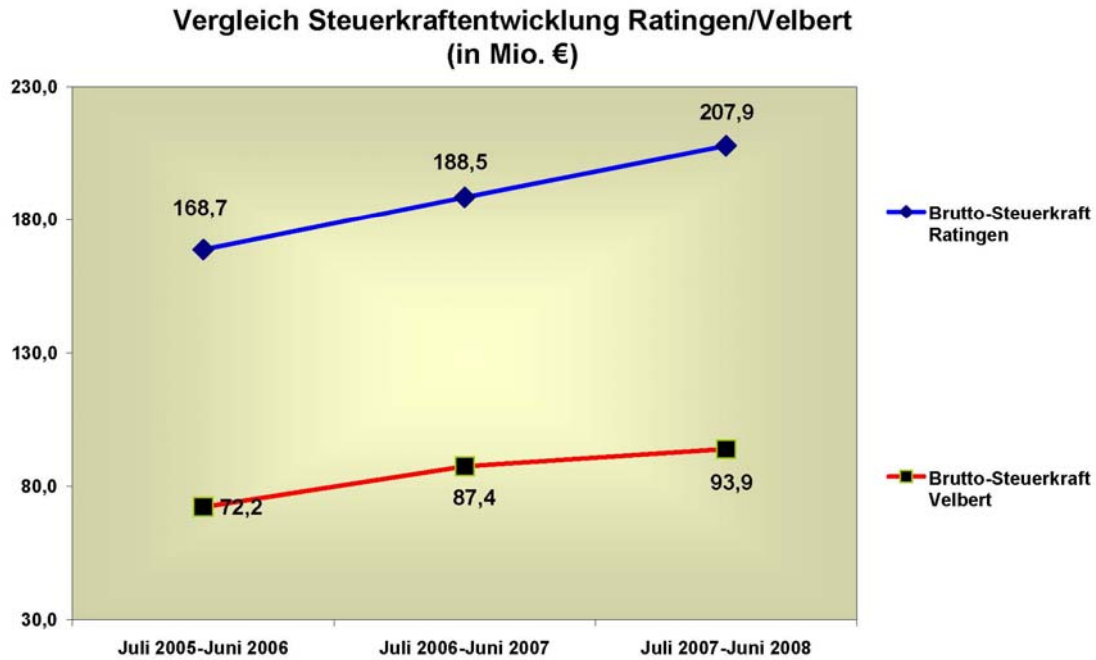
Aber: ein anstrengender Weg liegt noch vor uns! Kürzungen im Bereich des Transferaufwandes und bei den Zuwendungen an Dritte werden für das Haushaltsjahr 2010 stärkere Berücksichtigung finden müssen. Vertragliche Bindungen haben es uns kurzfristig nicht erlaubt, flexibel zu reagieren.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt setzt ein deutliches Zeichen: Wir haben den Willen, die Waage zwischen Aufwand und Ertrag in der Perspektive ausgewogen zu halten. Dazu nutzen wir alle Instrumente, die auch von der Kommunalaufsicht gefordert werden dürften.

Nun lassen Sie mich bitte noch die eine, angekündigte Anmerkung zum kommunalen Finanzausgleich machen:

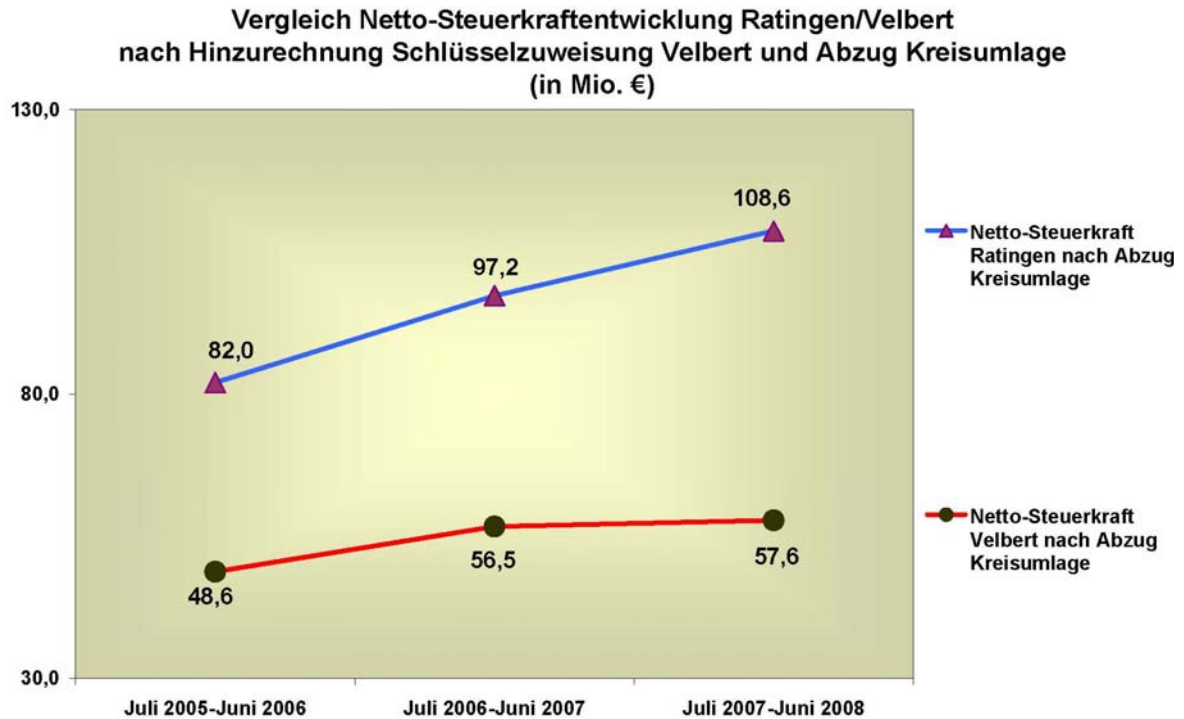
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir haben einen Systemfehler, den wir mit allen Einsparbemühungen vor Ort nicht ausgleichen können.

Velbert hat eine Brutto-Steuerkraft von knapp über 100 Mio Euro. Dementsprechend gehören wir in NRW nicht zu den ärmsten Städten. Im Vergleich zu verschiedenen Kommunen im Süden des Kreises Mettmann wirkt unsere Steuerkraft jedoch eher bescheiden. Zur Veranschaulichung möchte ich Ihnen einmal die Brutto-Steuerkraft der letzten drei Jahre von Velbert und unserer ähnlich großen Nachbarstadt Ratingen zeigen:



Unsere Verfassung und verschiedene Finanzgesetze in Bund und Land haben für solche Ungleichgewichte Ausgleichsregelungen getroffen: Vor allem über Gewerbesteuerumlage und Schlüsselzuweisungen soll der Unterschied in der Finanzausstattung von armen und reichen Städten verkleinert werden.

Aber genauso wie die entsprechenden Statistiken das Auseinanderklaffen der Schere von hohen und niedrigen Einkommen in Deutschland aufzeigen, sind auch die „Einkommen“ der Städte zumindest in unserer Region trotz dieser Finanzausgleichssysteme stark auseinandergedriftet. Die Kreisumlage soll als Regulativ zur Angleichung der Finanzkraft der Städte eines Kreises dienen. Vereinfacht ausgedrückt: Wer bei den Steuern netto mehr in der Tasche hat, soll auch mehr Kreisumlage bezahlen. Bei unserem Zwei-Städte-Vergleich ist das auch sichtbar.



Letztlich bleibt bei unserem Nachbarn Ratingen aber immer noch soviel mehr übrig, dass man sich um die Finanzierung von Schulen, Kindergärten, Sport- und Kulturstätten oder kurz gesagt der gesamten kommunalen Infrastruktur keine ernsthaften Sorgen machen muss, während bei uns über Rückbau nicht nur nachgedacht, sondern mit diesem Haushaltsplanentwurf auch betrieben wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit bisher und ich übergebe den Staffelstab jetzt an meinen Kollegen Herrn Holger Richter.

### 3. Erster Beigeordneter Holger Richter „Mit vorübergehenden Beeinträchtigungen ist zu rechnen“



Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach den vom Kämmerer soeben vorgetragenen Prognosen für 2009 und bei gleichzeitiger Betrachtung des Strategischen Zielprogramms lässt es sich wohl nicht vermeiden, den direkten Weg für den Zeitraum der Haushaltssicherung vorübergehend zu verlassen. Der direkte Weg wäre die großzügig und komfortabel ausgebaute Schnellstraße. Stattdessen aber müssen wir die eine oder andere Unebenheit in Kauf zu nehmen. Und somit verzichten wird auch auf etwas (Fahr-)Komfort.



Wie heißt es immer in den Verkehrsmeldungen? – "Mit vorübergehenden Beeinträchtigungen ist zu rechnen!"



Für den Bereich BILDUNG schlagen wir deshalb vor, das „Fahrwerk“ in Form der Infrastruktur weiter zu verbessern und den bereits beschlossenen Neubau einer Hauptschule an der Grünstraße im Rahmen eines ppp-Modells zu realisieren.

Bedingt durch den ppp-Effekt sparen wir voraussichtlich insgesamt rund drei Millionen Euro. Entgegen den bisherigen Planungen streben wir eine Inbetriebnahme für den Beginn des Schuljahres 2011/2012 an. Auch dies, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, entlastet den Haushalt.

- Weitere Konsolidierungsbeiträge im Bildungsbereich ergeben sich dadurch, dass gesetzlich möglichen Höchstgrenzen für die Elternbeiträge der offenen Ganztagsgrundschule ausgeschöpft werden. Gleichzeitig gilt, dass die Elternbeitragsstaffel mit der für unsere Kindertageseinrichtungen harmonisiert wird. Die in diesem Jahr eingeführte Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder zwischen den verschiedenen Betreuungsformen soll erhalten bleiben.
- Die im Rahmen des freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 festgelegten Erhöhungszyklen für die Gebühren der Musik- und Kunstschule sollen fortgeführt werden. Die ohne bisherige Landeshilfe initiierte 'Erfolgsstory JEKI' - Jedem Kind ein Instrument-, wollen wir aber auf alle Fälle fortsetzen, wobei wir einen jährlichen Abgleich von Bedarf und Ressourcen vorsehen.
- Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 sind die Benutzungsgebühren der Büchereien nur im Zuge der Euro-Umstellung angepasst worden. Wir schlagen eine Erhöhung der Gebühren für Erwachsene um 20 Prozent vor, das heißt von 15 Euro jährlich auf 18 Euro jährlich. Gleichzeitig wollen wir aber als weiteres Highlight zur Familienfreundlichkeit unserer Stadt einen Familienausweis einführen.

**JUGEND UND FAMILIE**

☺ **„ElternStart“ – Projektstart 01.12.2008**

**Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen**

- ☹ Elternbeiträge für 35- (neu!) und 45-Std.-Betreuung  
→ + 10%, aber
- ☺ Beitrag für 25-Std.-Betreuung unverändert !!
- ☺ KEINE erhöhten Beiträge für U-3-Betreuung !!

**Angebot für die Betreuung unter Dreijähriger**

- ☹ Ziel 35 % (bis 2013) – IST 2008 = 21% !!
- ☹ 2009 keine zusätzlichen Mittel

**Optimierung Jugendarbeit, -förderung, Streetwork - Stadtteilbezogen -**

**Weitere Jugendhilfeplaner-Stelle ??**

**Zuständigkeiten Sozialausschuss → Jugendhilfeausschuss ?**

*Prävention vor Intervention*

Im Bereich „JUGEND, FAMILIE UND SOZIALES“ müssen wir, der "Gesamtverkehrslage" geschuldet, die Geschwindigkeit unseres kinder- und familienfreundlichen Kurses mit der klaren Richtungsvorgabe nach dem Grundsatz 'Prävention vor Intervention' etwas drosseln.

Der Ausblick auf den Haushalt 2009 hat uns aber nicht abgehalten, für unser Begrüßungsprojekt 'Eltern Start' – genau wie die Elternschule, eingebettet in unser Lokales Bündnis für Familie – am 1. Dezember den Startschuss zu geben.

Bei der Höhe der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen sind im Kreis Mettmann in den unteren Einkommensstufen lediglich die Städte Hilden und Langenfeld günstiger. Angesichts der Haushaltslage müssen wir die Beiträge anheben. Jedoch passen wir sie ab dem 1. August 2009 für die 35-Wochenstundenbetreuung sowie die 45-Wochenstundenbetreuung nur um 10 Prozent an. Den Elternbeitrag für die 25-Wochenstundenbetreuung ändern wir dagegen nicht. Auch werden wir nach wie vor für Kinder unter drei Jahren keine erhöhten Beiträge erheben. Das ist übrigens in fast allen anderen Städten nicht der Fall.

Der hieraus erwachsende Haushaltskonsolidierungsbeitrag beläuft sich auf rund 200.000 Euro jährlich. Der Deckungsgrad durch die Elternbeiträge beträgt danach rund 15 Prozent während der vom Gesetzgeber vorgesehene Satz 19 Prozent vorsieht. Dieser wäre wohl sicher im Falle eines Nothaushaltes anzusetzen, und hätte eine nochmalige jährliche Belastung von 600.000 Euro für die Eltern zur Folge.

Nach der kürzlich dem Jugendhilfeausschuss vorgelegten Fortschreibung der Bedarfsplanung der Tagesbetreuung für Kinder in Velbert stellen wir bei den Betreuungsplätzen der Kinder zwischen drei und sechs Jahren seit Jahren den Rechtsanspruch sicher.

Bei der Betreuung der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren sowohl in Einrichtungen als auch als Tagespflege – haben wir in Velbert nach dem Startschuss im Jahr 2006 inzwischen eine Versorgungsquote von 21 Prozent erreicht. Nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) ist bis 2013 eine Versorgungsquote von 35 Prozent anzustreben.

Vor dem Hintergrund dieses Abgleichs soll der weitere Ausbau der U-3-Betreuung im Jahr 2009 lediglich mit den noch aus dem Jahr 2008 zur Verfügung stehenden Restmitteln erfolgen. Auf die ursprünglich vereinbarte zusätzliche Mittelbereitstellung wird verzichtet.

Weitere Handlungsnotwendigkeiten bzw. –alternativen sehen wir in dem großen Feld der Jugendarbeit, Jugendförderung und Streetwork.

Bis Mitte des Jahres 2009 werden wir ein möglichst auf jeden Stadtteil – im Sinne der stadtteilorientierten Sozialarbeit – abgestimmtes Konzept zur Optimierung der Angebote in diesem Bereich vorlegen.

Dadurch versprechen wir uns auch freiwerdende Ressourcen, um unter anderem die dringend erforderliche und auch vom Fachausschuss beantragte weitere Stelle eines Jugendhilfeplaners zu schaffen. Ihre Realisierung gestaltet sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen schwierig.

Anregen möchten wir auch eine Diskussion, ob im Rahmen der nach der Kommunalwahl anstehenden Neubesetzung der Fachausschüsse eine Integrierung der Zuständigkeiten des Sozialausschusses in die des Jugendhilfeausschusses möglich und sinnvoll erscheint.

Wenn sich meine Ausführungen bisher auf die Bildung und Jugend und Familie bezogen haben und ich ‚last but not least‘ nun zum Sportbereich komme, so entspricht dies nach meiner Auffassung durchaus den im strategischen Zielprogramm festgelegten Prioritäten.

Bereiche, die heute in meinen Ausführungen nicht gesondert erwähnt werden, genießen nicht weniger Aufmerksamkeit, sondern sind weniger massiv von den Veränderungen des Haushaltsplanes betroffen. Hier denke ich unter anderem an unser sehr wichtiges und erfolgreiches Handlungsfeld ‚Integration‘ sowie die Fachabteilung Bürgerdienste.

Auch im Sportbereich ist eine Verbesserung der Einnahmesituation unausweichlich. Dies kann und wird jedoch nur unter der Voraussetzung realisiert, dass die vorhandenen und künftig auch weiter zur Verfügung stehenden Sportstätten in einem finanzierbaren Rahmen ständig unterhalten und saniert werden. Damit wollen wir einen angemessenen Standard erhalten.

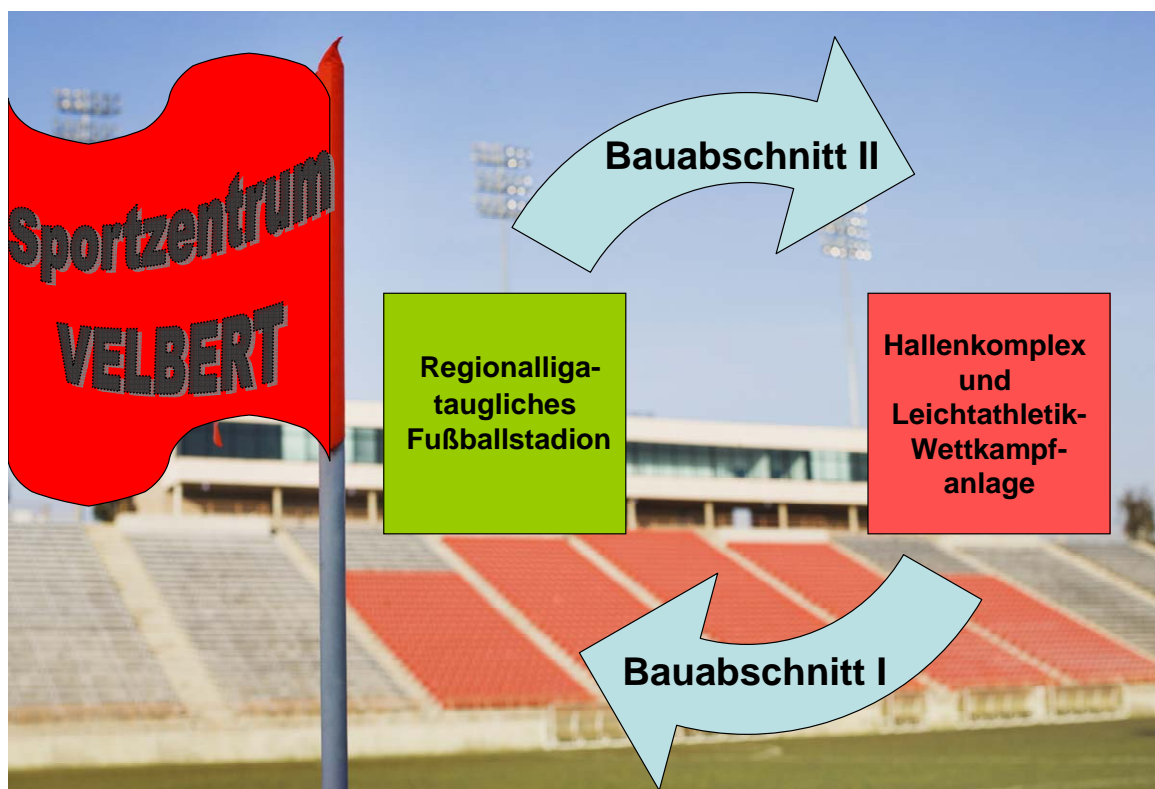


Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung sehen wir zum einen in einer Anpassung der Benutzungsentgelte für die Sportstätten bezüglich der bisher freigestellten Zeiträume des Spielbetriebes, zum anderen in einer Erhöhung der Benutzungsentgelte auf 6 Euro je Nutzungsstunde. Übrigens: Mit den derzeit geltenden Benutzungsentgelten von 3 Euro decken wir in großen Teilen noch nicht einmal 5 Prozent des tatsächlichen Aufwandes je Nutzungsstunde.

Dass viele bereit sind, in nicht städtischen Sportstätten durchaus wesentlich höhere Beträge zu entrichten, dürfte uns allen aus verschiedensten Sportarten bekannt sein. Als weitere Vergleichsmöglichkeit sei genannt, dass der Kreis Mettmann für die Nutzung seiner Hallen einen Obolus von 11 Euro in der Stunde erhebt.

Die Bonusregelungen für die Kinder- und Jugendarbeit haben in unserem Vorschlag selbstverständlich Bestand.

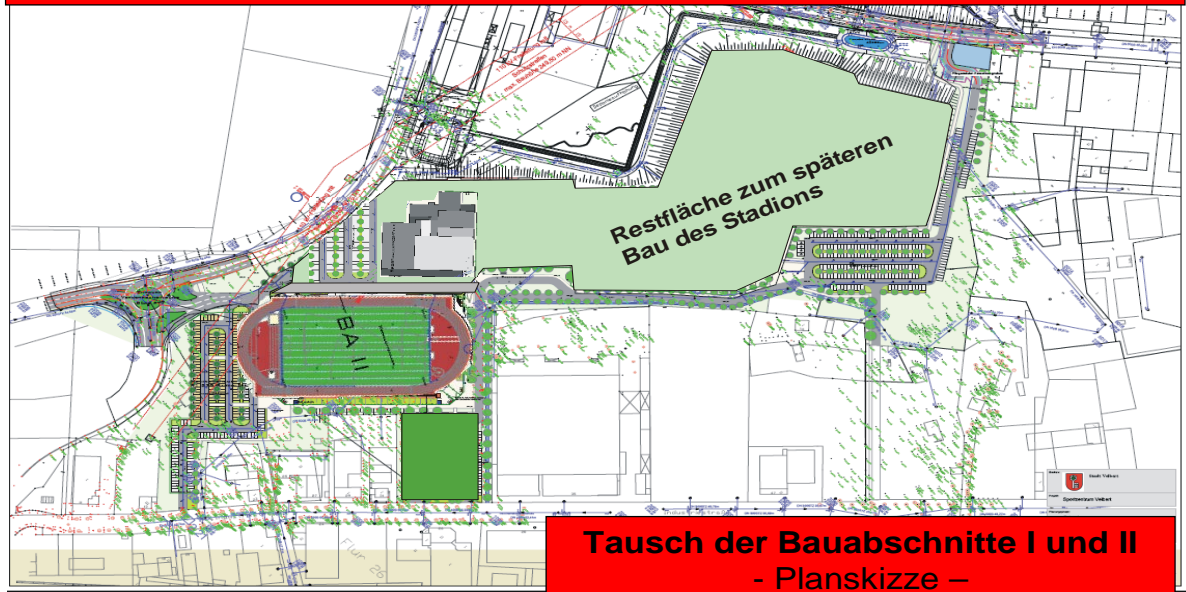
Zum Abschluss meiner Ausführungen komme ich zu dem Objekt bereits umfangreicher Diskussionen der letzten Wochen – dem Sportzentrum Velbert auf der Deponie Industriestraße.



Vor dem Hintergrund der schon bei der Grundsatzentscheidung zum Bau des Sportzentrums angeführten voraussichtlichen Sanierungs- und Erhaltungsaufwendungen für die weitere Nutzung und den Verbleib der Sportvereine an ihren bisherigen Standorten ist eine komplette Aufgabe des Projektes völlig unrealistisch. Die Präzisierung der Breitensportanlagen im Sportzentrum Velbert muss weiterhin höchste Priorität genießen.

Nach dem bisherigen Planungsstand und dem bisherigen Projektfortschritt erscheint es jedoch möglich und auch sinnvoll, vorzuschlagen, einen Tausch zwischen den Baumaßnahmen des I. Bauabschnittes (regionalliga-taugliches Fußballstadion mit Kunstrasentrainingsplatz) und dem II. Bauabschnitt vorzunehmen. Dies soll heißen, dass zunächst der Hallenkomplex mit der Leichtathletik-Wettkampfanlage zeitnah realisiert wird und am Ende des relevanten Finanzplanungszeitraumes sich die Realisierung des Fußballstadions anschließt. Wie dies nach den ersten Überlegungen aussehen könnte, ist auf der groben Planskizze (auf der nächsten Seite) zu erkennen.

# Sportzentrum VELBERT



Durch die Realisierung dieses veränderten Ablaufes wird eine Entlastung des Haushaltsplan-Entwurfes im gesamten Finanzplanungszeitraum um 5,5 Millionen Euro erreicht. Ich gehe davon aus, dass ich ihnen spätestens in den Haushaltsberatungen des Sportausschusses am 29. Januar eine überarbeitete Planung vorlegen kann, die dann in einem entsprechenden geänderten Baubeschluss im Haupt- und Finanzausschuss im März 2009 münden sollte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und gebe weiter an meinen Kollegen Andres Wendenburg – Herr Stadtbaurat übernehmen Sie!

## 4. **Stadtbaurat Andres Wendenburg** **Stadtentwicklung und Immobilien**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 1. Beigeordnete hat Ihnen die Bereiche Bildung, Jugend, Familie und Soziales sowie Sport unter den veränderten Rahmenbedingungen dargestellt. Die Stadtentwicklung verbindet diese Themen mit der baulich/räumlichen Ausstattung.

Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang folgende Punkte:

- im demographischen Wandel Impulse für das selbstbewusste, lebendige, attraktive Velbert zu setzen.
- die Verbundenheit mit unserer Stadt zu stärken
- trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten kulturelles Leben zu erhalten und die soziale Infrastruktur zu sichern. Velbert ist eine familienfreundliche Stadt.

Schulen, Kindergärten sind wichtige Lebensräume für die nachwachsende Generation. Die Bestandspflege und -erhaltung wird u. a. durch Dachsanierungen, Brandschutzmaßnahmen, Sanierung von naturwissenschaftlichen Räumen und akzeptable sanitäre Anlagen kontinuierlich betrieben. Dafür stehen insgesamt 3,9 Mio. Euro in 2009 zur Verfügung.

Die Lebensqualität in Velbert wird u. a. auch die Projekte „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau – West“ gestaltet und verbessert. Für den Umbau der Erlöserkirche in Birth in das offene Bürgerhaus stehen 0,4 Mio. Euro in 2009 zur Verfügung. Der Zuwendungsbescheid des Landes vom Oktober 2008 enthält eine Reihe von Maßnahmen für die Stadterneuerung in Birth (Soziale Stadt). Insgesamt wurde eine Zuwendung von 358.527,- Euro, bewilligt bis zum 31.12.2011. Die zuwendungsfähigen Ausgaben umfassen 597.500,- Euro. Darin sind u. a. enthalten: Naturerlebnispfad im Rinderbachtal; Schulweg Birth zwischen Schulzentrum und Brücke Rinderbach.

Im kulturellen Bereich sollte die Gründung des KVBV konzentriertes Handeln ermöglichen.

Die Lage der Stadt Velbert innerhalb der Stadtregion von Düsseldorf, Essen, Wuppertal erfordert eine sorgfältige Analyse hinsichtlich des kulturellen Profils für jung und alt in der Stadt.

Als kulturelle Ziele gelten innerhalb des Strategieprogramms u. a.:

- besondere Angebote präsentieren, die die Velberterinnen und Velberter ansprechen
- den Kindern und Jugendlichen gut erreichbare Veranstaltungen anbieten
- Entwicklungsperspektiven für städtische Bühnenveranstaltungen, insbesondere in den Bereichen Theater und Musik
- Kooperation von Kindergärten, Schulen, Kinder-/Jugendtheater
- Beratung, Unterstützung und Koordinierung der freien Kulturszene (Chöre, Musik, Theatergruppen, Kunstvereine, einzelne künstlerisch schaffende Persönlichkeiten)

Innerhalb der aktuellen Entwicklung sind Vereinbarungen zu Mindeststandards zu treffen, damit die Kultur in der Stadt lebendig gehalten werden kann.

Ehrenamtlich engagierte Menschen, Vereine und Gruppen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten einbezogen und gewürdigt werden. Verbindliche Rahmensetzungen in der Stadt sind von Rat und Verwaltung zu treffen.

In diesem Zusammenhang ist u. a. der Sanierungsumfang des Bürgerhauses in Langenberg anzusprechen. Im Laufe der komplexen Projektentwicklung dieses denkmalgeschützten Altbaus aus den Jahren 1913-17 sind unvorhersehbare Kostensteigerungen festgestellt worden. Von ursprünglich ca. 6 Mio. Euro als Kostenrahmen, muss man nun von ca. 13 Mio. Euro ausgehen. Ursächliche Faktoren sind dafür erhebliche statische Probleme und Schäden durch jahrzehntelangen Wassereintrag in die Bausubstanz. Ohne Landesförderung kann die Stadt diese Bauaufgabe nicht schultern. Auf allen Ebenen hat sich die Stadt für die Förderung beim Land eingesetzt. Bisher gibt es leider keinerlei Förderungsaussage.

Daher empfiehlt die Stadtverwaltung, die innerhalb eines Kostenrahmens von 6 Mio. Euro möglichen Maßnahmen zu definieren und erhebliche Abstriche der potentiellen Nutzungen zu erwägen. Eine Mindestqualität muss erarbeitet und abgestimmt werden, damit dieses historische Bürgerhaus in Langenberg weiter leben kann.

Das Ensemble Schloss Hardenberg in Neviges mit Herrenhaus und Vorburg kann glücklicherweise auf Basis von Landesförderung und Eigenanteilen der Stadt saniert werden. Im Jahr 2009 sind für die Vorburg 1 Mio. Euro (davon 300.000,- Euro Eigenanteil) eingesetzt. Es geht um die Umgestaltung des Südflügels mit Künstlergarderoben und Nebenräumen sowie um eine Gastronomie im Ostflügel. Für das Schloss werden 2,7 Mio. Euro, davon 1,7 Mio. Euro Landesförderung, veranschlagt. Ein zunächst nutzungsneutrale Sanierung sichert u. a. die Bausubstanz im Keller, zieht neue Decken ein, erneuert komplett die Fassade und die Fenster.

Ein museales Konzept wird innerhalb der Gesamtvorlage zur Entwicklung der städtischen Immobilien in Neviges heute in einem der folgenden TOP vorgestellt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und gebe nun weiter an den Stadtkämmerer Sven Lindemann.

## **5. Stadtkämmerer Sven Lindemann** **„Sparen ohne direkte Außenwirkung“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich schon wieder! Aber keine Sorge meine Ausführungen werden nicht die Zeit in Anspruch nehmen, die ich gebraucht habe, um die Eckpunkte des Haushaltes vorzustellen. Auch im Dezembernat I wird gespart – jedoch nicht mit der Außenwirkung, die dem Rat meist besonders weh tut.

Die Zentralen Dienste bzw. die Fachabteilung I.1 auch genannt Personal, Organisation und IT hat einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag geleistet.

Betrachtet man allein das Zahlenwerk der Fachabteilung Zentrale Dienste, so könnte man der Auffassung sein, dass hier lediglich ein sehr geringer Betrag eingespart wurde und man sich dem allgemeinen Sparkurs entzogen hat. Prüft man aber die Ausgabenseite genau, so ist erkennbar, dass sich die Fachabteilung bei der Aufstellung des Budgets für das Haushaltsjahr 2009 sehr stark unter dem Zwang unvermeidbarer Verpflichtungen und gesetzlichen Vorgaben gestanden hat.

Für das Jahr 2009 stehen insgesamt vier Wahlen (Kommunal-, Europa-, Bundestags- und Integrationsratwahl) an. Des Weiteren musste ein neues Personalberechnungsprogramm beschafft werden. Hinzu kommen beispielsweise noch Ausgaben für den Gesundheitstag oder Kosten für die Reauditierung Familie und Beruf (Verlängerung des Zertifikats).

Im Vergleich zum Vorjahr sind das einmalige Kosten in Höhe von 300.000 Euro, um die das Budget eigentlich aufgestockt werden müsste.

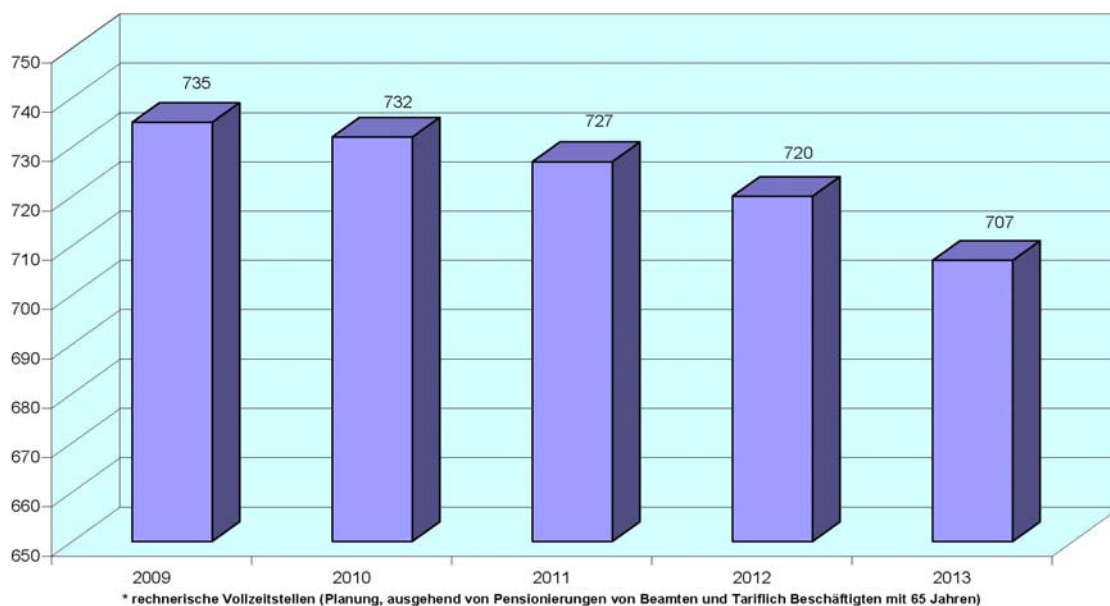
Trotz der oben beschriebenen Mehraufwendungen erzielt das Budget der Zentralen Dienste im Vergleich zum Jahr 2008 wesentliche Verbesserungen.

Dies konnte u. a. durch Neuabschlüsse von Leasingverträgen bei Kopierern, der Telefonanlage, bei Telefongebühren oder Portokosten erzielt werden. Des Weiteren werden durch erhöhte restriktive Bewirtschaftungen der Betriebs- und Geschäftsausgaben zusätzliche Einsparungen erzielt. Dies alles sind Komponenten, die zu einer fiktiven Einsparung von 300.000 Euro im Budget der Zentralen Dienste führen.

Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass rd. 95 % aller Ausgaben der Fachabteilung entweder vertraglich gebunden oder Ausgaben für die Gesamtverwaltung sind.

Einen kurzen Schlenker ins Deckungsbudget kann ich an dieser Stelle allerdings nicht gänzlich vermeiden. Die Personalkosten bilden mit kalkulierten 38,2 Mio Euro ca. 20 % des gesamten Aufwandes der Stadt Velbert. Die „Wächterfunktion“, dass diese Kosten künftig nicht uferlos anwachsen, nimmt die Fachabteilung Zentrale Dienste wahr. Um durch Tarifsteigerungen wachsende Personalaufwendungen zu dämpfen bzw. Personalkosten zu reduzieren, haben wir einen sozialverträglichen Stellenabbau zu betreiben. Da betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadt Velbert bereits durch eine Vereinbarung mit dem Personalrat ausgeschlossen sind und auch zukünftig ausgeschlossen bleiben, ist ein Stellenabbau lediglich durch das Ausscheiden von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen möglich.

Stellenentwicklung 2009 bis 2013 \*



Der Grafik können Sie entnehmen, dass ich plane, bis 2013 weitere 28 Stellen in der Verwaltung abzubauen. Dabei gehe ich explizit nicht davon aus, alle frei werdenden Stellen abbauen zu können. Gesetzliche Regelungen, wie beispielsweise bei Kindertagesstätten, Brandschutzbedarfsplanung etc., sprechen rein faktisch dagegen. Dementsprechend sind hier auch nur 50 Prozent der frei werdenden Stellen berücksichtigt. Diese zu erreichen stellt eine enorme Herausforderung für die Gesamtverwaltung dar. Die strikte Beachtung dieser Vorgehensweise wird bis 2013 zu einem kalkulierten Einsparungsvolumen von 1,4 Mio Euro führen.

Ich komme nun zu einem Bereich, der im allgemeinen Sprachgebrauch als „Ordnungsamt“ bezeichnet wird.

Die öffentliche Wahrnehmung der Fachabteilung „Ordnung, Gewerbe und Verkehr“ fokussiert sich in der Regel auf die Sicherheit und Sauberkeit unserer Stadt sowie die Auswirkungen der Verkehrsüberwachung. Wie die Abteilungsbezeichnung bereits vermittelt, ist das Tätigkeitsfeld aber wesentlich umfassender.

Im Jahr 2007 wurden 2.630 Gewerbemeldeverfahren abgewickelt und 1.215 Auskünfte aus dem Gewerberegister erteilt. Allein im Bereich des Gesundheitsschutzes, in Gewerbeangelegenheiten und bei der allgemeinen Gefahrenabwehr wurden 2007 nahezu 2.300 Ermittlungen auch für andere Dienststellen, Finanzämter, Gerichte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. durchgeführt. Es wurden 2007 außerdem 886 Ausnahmegenehmigungen und besondere Erlaubnisse sowie 352 Sondernutzungserlaubnisse erteilt. 71 behinderten Personen konnten Parkerleichterungen gewährt werden.

Alle diese skizzierten Aufgaben werden in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, binden aber erhebliche personelle Ressourcen. Alle anfallenden Außendiensttätigkeiten werden durch den städtischen Ordnungsdienst wahrgenommen. Zusätzlich haben wir noch die Erwartungshaltung, dass dieser Ordnungsdienst ausreichende Präsenz zeigt, um die Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt zu gewährleisten und Ordnungswidrigkeiten streng zu verfolgen. Ich verweise dazu nur auf den in diesem Haus beschlossenen Bußgeldkatalog. Daher ist es folgerichtig, dass wir trotz der schwierigen Finanzlage eine bessere personelle Ausstattung dieses Bereiches vorsehen. So hat der Haupt- und Finanzausschuss die Empfehlung ausgesprochen, beginnend mit dem Jahr 2009, bis 2011 stufenweise zusätzliche Stellen einzurichten. Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Verwaltungsvorstand ist jedoch beschlossen worden, dass Konzept in seiner bisherigen Form nur umzusetzen, wenn die Stellenbesetzungen Personalkosten neutral bzw. der Personalkostenbeitrag im Budget selber erwirtschaftet

tet werden kann.

Weiterhin erfolgt im Budget eine Aufwandskürzung von über 10.000 Euro. Zudem wurde die Ertragslage bei den ordnungsrechtlichen Ahndungen nach oben korrigiert.

Die Feuerwehr Velbert stellt die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe der Kommune nach § 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen sicher. Darüber hinaus ist sie mit der organisatorischen sowie der praktischen Durchführung des Rettungsdienstes und des Krankentransportes vom Träger des Rettungsdienstes (Kreis Mettmann) beauftragt.

Damit Sie, meine Damen und Herren, eine Vorstellung bekommen, was dort geleistet wird, folgende Zahlen:

In Velbert sind im vergangenen Jahr 12.838 Einsätze abgearbeitet worden, von denen 11.340 auf den Rettungsdienst entfallen. Die verbleibenden 1.498 Einsätze gliedern sich in Brandeinsätze, technische Hilfeleistungen und Umweltschutzeinsätze einschl. der Fehlalarme.

Einen wesentlichen Teil des Budgets der Fachabteilung I.3 machen die Personalkosten aus. Von diesen werden rd. 55 % über die Gebühren für den Rettungs- und Krankentransport refinanziert.

Sowohl die neu gefasste Feuerwehrsatzung als auch die Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst- und Krankentransport führen durch notwendige Gebührenerhöhungen zur Budgetverbesserung.

Das Budget der Fachabteilung I.3 ist im Rahmen der Eckwerte seit Jahren konstant. Die zwischenzeitlichen Preissteigerungen und insbesondere der erhebliche Mehraufwand bei den Benzin- und Dieselpreisen mussten aufgefangen werden. Das Budget muss für das Jahr 2009 eine Kürzung im Ergebnisplan von 30.000,00 Euro verkraften.

Die Investitionen sehen neben der Abwicklung von im laufenden Haushaltsjahr bestellten Fahrzeugen und Geräten die Ersatzbeschaffung

- eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges 20/16,
- eines Trägerfahrzeuges für Abrollbehälter und
- zwei Löschgruppenfahrzeuge 10/6 vor.

Für den Rettungsdienst ist die Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens und medizinischen Geräts veranschlagt.

Ich komme nun zu meiner letzten Fachabteilung: den Finanzdiensten. Durch die Steigerung der Effektivität bei Vollstreckungsmaßnahmen, einer Verringerung des Aufwandes und den Abbau von Personalkosten verbessert sich das Budget um rund 77.000 Euro. Inhaltlich sind, so denke ich, die Aufgaben weitestgehend bekannt. Neben dem Bereich der klassischen Kämmerei haben wir noch die Stadtkasse, das Steuerwesen und die Beteiligungsverwaltung in der Fachabteilung vereint.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachabteilung für die aufgeschlossene, freundliche und stets hilfsbereite Aufnahme in meiner Funktion als Stadtkämmerer. Ohne Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre mir der Einstieg nicht so leicht gefallen. Für die Zusammenstellung der CD bzw. des Druckwerkes gilt mein Dank Herrn Bentlage. Besonders erwähnen muss ich an dieser Stelle Frau Kranz, Herrn Bagarskas und Herrn Sobotzik, ohne die es in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen wäre, den Haushaltsplan 2009 nebst HSK aufzustellen. Dafür war hoher persönlicher Einsatz erforderlich. Für mich ist es sehr beruhigend zu wissen, mit Ihnen engagierte, motivierte und verlässliche Mitstreiter an meiner Seite zu haben.

Dafür vielen Dank!

Die wesentlichen Fakten aus den Abteilungsbudgets habe ich Ihnen damit erläutert. Ich bedanke mich nochmals für die Aufmerksamkeit und darf den Bürgermeister bitten, nun den Schlussspurt zu vollziehen.

## **6. Bürgermeister Stefan Freitag**

### **Projekte, die „Chefsache“ sind und ein Schlusswort**

Bevor ich zu meinem Schlusswort komme, möchte ich noch auf Projekte aus meinem Geschäftsbereich hinweisen.

Es ist ohne jede Übertreibung sicherlich der wirtschaftspolitisch größte Wurf, der uns in den letzten Jahren gelungen ist, dass die Region Niederberg künftig sowohl Hochschul- als auch Fachhochschulstandort sein wird. Kern dieses Erfolges ist die regionale Strategie, im Schulterschluss mit der Wirtschaft über den Verein Schlüsselregion und ohne jedes Kirchturmdenken auch ganz eng mit unseren Nachbarn in Heiligenhaus zu kooperieren.

Ich hatte daher überhaupt kein Problem damit, mich für das ehemalige Verwaltungsgebäude der Kiekert AG in Heiligenhaus als Standort für die neue Niederlassung der Fachhochschule Bochum in unserer Region auszusprechen.

Wir haben dann mit dem Institut für Sicherungssysteme der Bergischen Universität Wuppertal mit Sitz an der Talstraße hier in Velbert und mit der geplanten Niederlassung der FH Bochum künftig gleich zwei Hochschuleinrichtungen in der Region. Beide zusammen bilden den „Campus Velbert/Heiligenhaus“ als regionale Klammer zweier Standorte, die gemeinsam zur wissenschaftlichen Innovationsschmiede der Region werden sollen. Wir können so aber nicht nur den technologischen Vorsprung unserer Kernindustrien unterstützen, sondern den hiesigen Unternehmen auch erheblich helfen, den Fachkräftenachwuchs für die nächsten Jahre zu sichern.

Nähere Informationen zu diesem ganz aktuellen Vorschlag, der heute auch den Medien verkündet wurde, können Sie der Pressemitteilung des Vereins Schlüsselregion entnehmen, die auf Ihren Tischen liegt.

Mein Dank gilt allen an diesem Erfolg Beteiligten. Ich möchte es jedoch nicht unerwähnt lassen, dass hier auch ganz hervorragende Arbeit der Fachabteilung Wirtschaftsförderung geleistet wurde, die sich zwar eher im Hintergrund abspielte, jedoch enorme personelle Ressourcen gebunden hat.

Ebenso halten die EU-weiten Ausschreibungen unsere Wirtschaftsförderer auf Trab.

Wir werden in Kürze Klarheit haben, ob die Ausschreibungen für unsere drei Innenstadtprojekte SB-Warenhaus, Gesundheitszentrum und Hotel auf Interesse bei den Marktteilnehmern gestoßen sind und ob wir mit einer Realisierung in den nächsten Monaten rechnen dürfen.

Zudem ist die 4. Ausschreibung in Vorbereitung zum Thema gewerblicher Sport-/Freizeitpark in der Röbbbeck, mit der wir uns angesichts der derzeitigen Unsicherheit auf den Finanzmärkten bewusst noch etwas Zeit lassen sollten.

Es laufen zudem zurzeit konkrete Gespräche mit Eigentümern und möglichen Projektentwicklern des Marktzentrums in Velbert-Mitte. Ich sehe hier den wichtigsten Ansatz in der weiteren Entwicklung des Stadtzentrums, da wir hier die einzigartige Chance haben, einen Entwicklungsimpuls in der Mitte der Friedrichstraße zu setzen, nachdem wir die Randlagen im oberen und im unteren Bereich in den letzten Jahren schon recht gut entwickelt haben.

Im Grundstücksgeschäft erwarten wir ebenfalls mehr Arbeit – allerdings auch verbunden mit zusätzlichen Erträgen durch die Vermarktung entsprechender städt. Flächen für Wohn- und Gewerbebezwecke, insbesondere nach Rechtskraft des neuen FNP. Wir gehen hier zunächst

von einem jährlichen Mehrertrag von rund 400.000,-- Euro aus - Voraussetzung hierfür ist natürlich, dass der FNP recht bald beschlossen wird.

Da wir außerdem neben anderen Projekten auch noch ein ganz normales Tagesgeschäft fahren und zudem natürlich auch wieder vermehrt zu Krisensitzungen hiesiger Unternehmen gerufen werden, möchte ich hier die Bitte äußern, wenigstens in den nächsten Monaten einmal die Diskussion um die personelle Ausstattung der Wirtschaftsförderung zurück zu stellen.

Die neue Stabsstelle Kommunikation wird bis Mitte des Jahres ein ganzheitliches Marketingkonzept für diese Stadt entwickeln und vorlegen. Dabei werden die Aufgaben der VMG genauso einbezogen wie alle bislang dezentral in den Abteilungen und Eigenbetrieben wahrgenommenen Marketingaktivitäten. Ich bin mir ganz sicher, dass wir mit dem bislang eingesetzten Mitteln durch eine Zentralisierung und Bündelung von Aufgaben noch sehr viel mehr Effekte erzielen können.

Dabei helfen uns natürlich Projekte wie der Waldkletterpark auf dem Hordtberg oder der Radweg auf der stillgelegten Bahntrasse, die beide zu touristischen Anziehungspunkten werden können.

Dabei helfen kann uns auch ein neues und einheitliches Corporate Design, wie vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossen. Aber ich plädiere hier auch für Augenmaß und Bodenständigkeit. So manche neue Logoentwicklung hat woanders viel gekostet und - außer der beauftragten Werbeagentur - niemanden etwas gebracht. Deswegen möchte ich sehr viel mit Bormitteln und eigener Kreativität meines Teams realisieren.

Wir haben im Budget der neuen Stabsstelle deswegen auch zunächst keine zusätzlichen Mittel hierfür veranschlagt. Ich meine, wir müssen dies aus dem, was wir insgesamt an allen Stellen der Stadt für Marketing ausgeben, durch Umschichtungen finanzieren können. Der noch im letzten Jahr hierfür veranschlagte Betrag in Höhe von 80.000,-- Euro ist daher in diesem Entwurf gestrichen worden.

Meine Damen und Herren,

ich danke dem Kämmerer Sven Lindemann und seinem gesamten Team für Ihre geleistete Arbeit. Ich danke aber ebenso allen anderen Dezernenten und den Stabs- und Fachabteilungsleitern für ihre Unterstützung und ihre Konsolidierungsvorschläge.

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Vorstandskollegen und ich haben nichts beschönigt. Die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten hinterlässt auch in Velbert ihre Spuren. Und niemand wagt vorauszusagen, wie lange die Krise andauert und wie tief ihre Spuren sein werden.

In den zurückliegenden etwas mehr als 60 Minuten haben meine Vorstandskollegen und ich Ihnen aufgezeigt, dass durch den vorgelegten Haushaltsplanentwurf die Stadt auch weiterhin eigenständig handeln kann. Ich bin zuversichtlich, dass damit unsere Stadt weiterhin eine positive Zukunft haben wird.

Mit dem Haushalt 2009 tragen wir der Haushaltskrise und der Finanzkrise Rechnung, wir sparen Velbert aber nicht kaputt. Da wo es vertretbar ist, erhöhen wir die Gebühren. Da wo es sinnvoll ist, kürzen wir Investitionen oder kürzen Personal- und Sachausgaben. Und wir werden weitere Einsparmöglichkeiten prüfen.

Sie werden nun mit Ihren Fraktionen den Haushaltsentwurf beraten, sie werden Änderungen diskutieren und erarbeiten - das ist nicht nur Ihr Recht, sondern Ihre Pflicht! Aber gerade angesichts des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes möchte ich die heutige Haushalts-

planeinbringung mit einem doppelten Appell beenden:

1. Sicher ist es gerade in Wahlkampfzeiten ausgesprochen unpopulär, über Sparmaßnahmen zu diskutieren. Es wäre aber völlig verantwortungslos, diesen Etat und die vorgesehenen Maßnahmen abzulehnen oder gar neue Ausgabe-Forderungen aufzustellen, ohne darzulegen, wie die Alternativen oder die Finanzierung aussehen könnte. Ich fordere Sie daher alle auf, da, wo Sie Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen ablehnen, andere Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen vorzuschlagen. Die so oft geübte Ausrede, dazu habe man ja nicht die Möglichkeiten, da man anders als der Verwaltungsvorstand nicht über einen großen Verwaltungsapparat verfügt, lasse ich nicht gelten. Denn erstens unterstelle ich, dass Sie alle nach mindestens 4,5 Jahren Stadtratsarbeit über genügend know-how verfügen, um Ideen zu entwickeln - sonst sollten Sie Ihr kommunalpolitisches Engagement vielleicht neu überdenken - und zweitens steht Ihnen der komplette Verwaltungsapparat zur Berechnung und Bewertung Ihrer Ideen ausdrücklich zur Verfügung - dazu genügt ein Antrag oder eine Anfrage im zuständigen Gremium oder im Zweifelsfall auch einfach ein Anruf in der Kämmerei.
2. - und dies ist mir in diesem Jahr besonders wichtig - sollten wir die gemeinsame Verantwortung, die wir hier im Stadtrat gegenüber der Bürgerschaft haben, jetzt besonders leben. Trotz Wahlkampf, trotz des wichtigen demokratischen Streits um die richtige Richtung, ist jetzt nicht die Zeit für das Kochen klein kariertes politischer Süppchen. Sicher bietet diese Haushaltssituation jetzt viele Versuchungen mit dem Widerstand gegen einen soliden Sparkurs kurzfristig Punkte zu machen. Wir haben aber eine Verantwortung, die weit über das nächste Wahlergebnis hinausgeht. Es geht um die Zukunft dieser Stadt und wir sollen uns daher zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung aufrufen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!